

## Jenseits des atomar-fossilen Zeitalters: Ökologisch und gerecht

von Klaus Mindrup

Und täglich grüßt das Murmeltier. Die öffentliche Debatte über die Energiewende drehte sich in den letzten Monaten wieder einmal einseitig um explodierende Kosten und Wettbewerbsprobleme der deutschen Industrie durch Erneuerbare Energien. Doch die ökonomische Wirkung der ökologischen Transformation ist eindeutig: Wer auf Erneuerbare setzt, reduziert auf Dauer die variablen Kosten – vor allem Brennstoffkosten. Davon profitiert Deutschland schon jetzt. Sobald die Infrastruktur fertiggestellt ist, ergeben sich enorme und dauerhafte volkswirtschaftliche Vorteile, die sich in Deutschland in ca. 10 bis 15 Jahren voll entfalten werden. Ein großer Schritt ist bereits getan. Immerhin rund ein Viertel des erzeugten Stroms stammt hierzulande bereits aus erneuerbaren Quellen. Allerdings sind nach dem Beschluss des neuen EEG noch viele Fragen der Energiewende offen, sowohl mit Blick auf die ökologische Nachhaltigkeit als auch die gerechte Verteilung ihrer Kosten. Will die SPD glaubwürdig erzählen, die Energiewende nützt dem Klima und ist bezahlbar, muss sie nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie sondern auch aus fossilen Brennstoffen vorantreiben, über neue Lösungen für die sozialen Probleme der Strompreise nachdenken und die Energiewende über die Frage der Stromerzeugung hinaus angehen. Denn die Energiewende ist auch eine Wärme- Effizienz- und Verbrauchswende.

Es diskutiert heute niemand ernsthaft mehr, mit der Abscheidung von Kohlenstoffdioxid durch die CCS-Technologie die Kohleverstromung klimafreundlicher zu machen und damit auf Dauer anzulegen. Sie ist damit eine endliche Technologie. Noch immer kommt aber rund 45 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms aus Kohlekraftwer-



⇒ Klaus Mindrup ist SPD-Bundestagsabgeordneter und lebt in Berlin. Er ist u.a. Mitglied einer Energiegenossenschaft.

Foto: privat

ken. Die Stromproduktion aus Braun- und Steinkohle ist in den letzten Jahren sogar angestiegen. Kohlestrom aus abgeschriebenen Braunkohlekraftwerken ist derzeit am Strommarkt am günstigsten zu haben, weil der europäische Emissionshandel vollkommen versagt hat. Eigentlich sollte er marktorientiert den Ausstoß von CO<sub>2</sub> und damit Strom aus fossiler Energie verteuern und auf lange Sicht unwirtschaftlich machen. Doch der Preis pro ausgestoßener Tonne CO<sub>2</sub> liegt weit unter einem wirksamen Niveau.

Deshalb brauchen wir dringend einen Neustart des Emissionshandels verbunden mit weiteren Lösungen, z.B. durch Besteuerung des CO<sub>2</sub> Ausstoßes, Besteuerung fossiler Brennstoffe oder Grenzwerte oder Richtlinien für die Effizienz von Kraftwerken.

Das ob des Ausstiegs aus der fossilen Stromerzeugung ist geklärt. Jetzt geht es um eine planmäßige Umstellung in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten. Dafür bedarf es klarer Spielregeln für das Abschalten von Kraftwerken und eine offene Debatte darüber, nach welchen Kriterien – u.a. Systemrelevanz, Schadstoffausstoß, Gesamteffizienz (inkl. Abwärmenutzung), Unabhängigkeit von Energieimporten, regionale Arbeitplatzeffekte

– abgeschaltet werden soll. Auf diese Weise werden vor allem alte fossile Kraftwerke unwirtschaftlich und klimaschädliche sowie volkswirtschaftlich gefährliche Überkapazitäten in der Stromerzeugung begrenzt.

Auch wenn der erneuerbare Ausbaupfad sich gegenüber fossil-atomarer Energieversorgung zumindest mittelfristig rechnet, ist er nicht kostenfrei zu haben. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, die Kosten gerecht zu verteilen und im Blick zu haben, dass es dabei nicht nur um Strom, sondern auch um Transport und Wärme geht.

Eine soziale wie klimapolitische Schiefelage der Energiewende bewirkt die Ungleichbehandlung von Industrie auf der einen und Mieterinnen und Mietern auf der anderen Seite. Industrie und Kraftwerke nutzen die „marktwirtschaftlichen“ Anreizprogramme. Auf ordnungsrechtliche Vorgaben wird politisch weitgehend verzichtet – mit den bekannten Folgen, wie der Emissionshandel zeigt. Ganz anders wird in Deutschland mit Gebäuden umgegangen. So ist die Energieeinsparverordnung (ENEV) ein Musterbeispiel für die Anwendung von Ordnungsrecht. Sie führt in Verbindung mit dem Mietrecht dazu, dass die Mieterinnen und Mieter für die Sanierung der Häuser über die Modernisierungsumlage herangezogen werden. Eine Evaluierung der Maßnahmen über kontinuierliche Verbrauchsmessungen findet zu wenig statt. Dies gilt auch für die Diskussion von technologisch-innovativen Lösungen im Bereich der Gebäudetechnik, die auch die Nutzer stark mit einbeziehen.

Jetzt muss man aber auch die Chancen nutzen, die sich aus niedrigen Zinsen ergeben. Anders als bisher sollten die Programme der KfW zur energetischen Sanierung und zum Neubau auch mit einer Zinsbindung von 20 Jahren angeboten werden. Dies kostet nicht viel, bringt aber ein Höchstmaß an Sicherheit für diese Investitionen.

Für die Mieterinnen und Mieter ist auch ein weiterer Teil der Energiewende von Bedeutung: Die Stärkung dezentraler und demokratischer Versorgungsstrukturen. Politisch sollten mehr Anreize auf den Weg gebracht werden, damit Wohnungsbaugenossenschaften Strom aus der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) oder Photovoltaik direkt an Mieterinnen und Mieter veräußern können.

Ein umfassendes Verständnis der Energiewende heißt auch, in Gesamtsystemen zu denken. Strom wird zukünftig eine wichtigere Rolle im Transport sowie zur Bereitstellung von Wärme und Kälte spielen. Es geht um die optimale Lösung – von Wärmepumpen, Solarthermie, dezentraler KWK bis zu Fern- und Nahwärme auf KWK-Basis. Die zukünftige KWK-Förderung sollte auch die Rolle der KWK zur Stabilisierung der Stromversorgung im Blick haben. Diese Kraftwerke werden auch gebraucht, wenn keine Erneuerbaren verfügbar sind, auch wenn der Wärmeabsatz zeitgleich nicht gesichert ist. Daher sollte die Förderung der KWK an die Bereitstellung ausreichender Wärmespeicher gekoppelt werden.

Die Verbindung von Energiewende und Klimaschutz mit IKT-Lösungen sind Schlüsseltechnologien und sollten für Materialschonung und Energieeinsparung in der Industrie genutzt werden.

Last but not least: Eine nachhaltige Energiewende lebt von ihrer Glaubwürdigkeit, demokratischen Debatten vor Ort und dem Aushandeln von Konflikten sowie von nachhaltiger Bildung. Nicht allein wegen Kompromissen um den Bau von Windparks oder Netzen, sondern für die Energiewende im Alltagsleben. Denn ohne ein bewusstes Verhalten wird es nicht gehen, angefangen vom Lüften und dem Umgang mit Stromverbrauch in der Wohnung. ■